

Eupen, den 28.09.2020

Rede

Stellungnahme zur Regierungserklärung der Sitzungsperiode 2020/2021

Werte Damen und Herren,

Die diesjährige Regierungserklärung, welche der Ministerpräsident letzte Woche hier vorgetragen hat, trägt den Titel: "Die richtigen Lehren aus der Krise ziehen!"

Nun, was sind die richtigen Lehren? Auf rund 31 Seiten liefert Herr Paasch seine Antwort auf diese Frage.

Ich möchte Ihnen heute einleitend einige meiner Erkenntnisse und Lehren, die ich aus dem bisherigen Verlauf dieser Krise ziehe, darlegen und in Beziehung zu den Aussagen der Regierungserklärung setzen. Danach gehe ich auf einige konkrete Punkte ein, bevor dann anschließend mein Kollege Michael Balter seine Stellungnahme vortragen wird.

In meiner Stellungnahme leitet mich der Grundsatz: "Schau nicht auf das, was ein Mensch sagt, sondern auf das, was er tut!"

Die Kommunikation

Seit Beginn der Maßnahmen hat die klassische Politik in Sachen Kommunikation einen miserablen Job gemacht. Es sei denn, sie wollte die Menschen in Angst und Panik versetzen. Dann hat sie in der Tat eine hervorragende Arbeit geleistet, denn dies ist sehr gut gelungen. Aber kann das wirklich Absicht gewesen sein?

Nun wissen wir aus der Psychologie, dass weder Angst noch Panik gute Ratgeber sind und sie im Gegenteil den Menschen sogar schwächen.

Beruhigende Worte, einen besonnenen Ton, welcher so dringend benötigt wird, konnten wir aber in dieser Regierungserklärung beim Thema COVID19 nicht finden. Nein, im Gegenteil: Die Angst, die Dramatik versucht der Ministerpräsident durch das Nennen der weltweiten Infizierten- und Todeszahlen in seiner Einleitung aufrecht zu erhalten. Dabei wählt Herr Paasch seine Worte gezielt, wenn er sagt, dass weltweit X Menschen mit dem Coronavirus gestorben seien. Er meidet bewusst das Wort an, denn dies kann heute keiner sagen, da die Zählmethoden sehr umstritten sind. Mit diesem Thema sollte sich übrigens der Sonderausschuss ausführlich beschäftigen.

Eine Lehre, die ich hieraus ziehe, ist die große Bedeutung einer transparenten und öffentlichen Diskussion rund um die reale Bedrohung durch das Coronavirus und die geeigneten Maßnahmen dagegen.

Ganz entscheidend ist hierbei, dass alle Experten, die sich zu dem Thema äußern, gehört werden; dass ganz unterschiedliche Standpunkte von der Politik in der Öffentlichkeit diskutiert werden. So könnte sich jeder Bürger, basierend auf vielen Informationen, ein eigenes Bild machen. Zudem würde der Eindruck verschwinden, dass etwas verheimlicht wird. Darüber hinaus würden Infizierten- und Todeszahlen in einen breiteren Kontext gesetzt, welches ihnen ihren Schrecken nehmen würde.

Der Ministerpräsident spricht in seiner Rede viel von Brücken bauen, vom Aufeinander zugehen, von Meinungsvielfalt usw. Doch wo ist diese Haltung, wenn es um die Einschätzung der Bedrohung durch und die Bewertung der Maßnahmen gegen das Coronavirus geht? Wann werden in Ostbelgien endlich die Standpunkte der Experten, welche eine andere Sicht als die Mehrheit, der die Föderalregierung beratenden Sachverständigen haben, öffentlich diskutiert?

Wenn sich hunderte belgische Mediziner, Kinderärzte, Professoren, Bedienstete des Gesundheitswesens, Allgemeinmediziner, darunter etliche Personen in leitenden Funktionen sowie von Intensivstationen, an die Öffentlichkeit, meist in Form eines offenen Briefes, einmal sogar direkt an unser Parlament, wenden, dann ist es in der Tat Zeit, Brücken zu bauen. Ja, zu diesen Personen, werte Regierung.

Denn und das sollte ganz klar hier gesagt werden: Wenn Sie sich weiter hinter den Experten der Föderalregierung verstecken und weiterhin jede andere wissenschaftliche Sicht auf das Thema ausblenden, tragen Sie massiv zur Spaltung der Gesellschaft bei!

Denn genau das ist Spaltung: Einer Gruppe von Experten bewusst die volle Aufmerksamkeit geben, während man andere Experten bewusst ignoriert. Es sind also in erster Linie die politischen Verantwortlichen, ja auch Sie werte Vertreter der Regierung der DG, die bewusst die Spaltung der Gesellschaft in Kauf nehmen, aus welchen Gründen auch immer. Ein großer Teil dieser Verantwortung auf Ebene der DG liegt bei Ihnen.

Dass Sie sich hinter den Experten verstecken, haben übrigens die Experten der Föderalregierung selber bestätigt. Gerade deswegen sind sie in eine Art Schweigestreik getreten, wie sie selber am Wochenende die Öffentlichkeit wissen ließen.

Sie können sich natürlich weiterhin hinter den Experten verstecken, doch das ändert nichts an der Tatsache, dass Sie als politische Entscheidungsträger die Verantwortung tragen!

Es freut uns daher umso mehr zu hören, dass inzwischen in manchen Expertengremien auch einzelne Personen aufgenommen wurden, welche eine andere Sichtweise vertreten. Der Druck aus der Zivilgesellschaft scheint hier Früchte zu tragen!

Doch wie zumindest am Samstag in der Presseschau des BRF zu hören war, sorgt dies bereits für Unmut. Es war die Rede davon, dass es nicht sein könne, dass Corona-Skeptiker mit am Tisch säßen.

Warum werden aber jene, welche die vom Coronavirus ausgehende Gefahr als weniger bedrohlich und viele der Maßnahmen als vollkommen übertrieben ansehen, als Corona-Skeptiker bezeichnet? Sind also alle anderen dann Corona-Gläubige? Ist Corona inzwischen zu einer Glaubensfrage geworden? Ich bin der Meinung, dass dies der komplett falsche Weg ist. Und ich möchte mit aller Deutlichkeit sagen, dass all jene, die diese Begriffe verwenden, zur Spaltung der Gesellschaft beitragen.

Werte Kolleginnen und Kollegen: Der Begriff "Corona-Leugner" wurde auch schon hier im Haus verwendet. Ich empfehle Ihnen, dies zu unterlassen, wenn Sie nicht die Verantwortung übernehmen wollen, an der Spaltung der Gesellschaft mitzuarbeiten.

Denn es gibt keinen wissenschaftlichen Konsens in dieser Thematik. Zu unterschiedlich sind die Standpunkte. Als Politiker ist es unsere Pflicht, die unterschiedlichen Sichtweisen zu hören und dann Entscheidungen zu treffen. Ansonsten ist der Begriff "Meinungsvielfalt", Herr Paasch, tatsächlich nur ein Lippenbekenntnis!

Maskenpflicht

Reaktion auf Franssen - Erläuterung zu den Infektionszahlen und der Maskenpflicht - Zahlen WHO

Aggressivität in den sozialen Medien - Brutalität der Maßnahmen:

Lassen Sie mich Ihnen ein paar Erkenntnisse in Sachen Kommunikation in den sozialen Medien darlegen. Ja, der Ton ist rau. Die Hemmungen, sich in ausfallender Art und Weise zu äußern, sehr niedrig. Fast alles scheint erlaubt bzw. zumindest möglich. Anfeindungen, Beleidigungen und Drohungen sind fast schon alltäglich und für manche eine Selbstverständlichkeit.

Lassen Sie mich, Kolleginnen und Kollegen, eines klarstellen: Die Würde des Menschen ist unantastbar! Ein respektvoller und achtsamer Umgang miteinander sollte uns leiten.

Und dies gilt in beide Richtungen. Viele verurteilen zu Recht die Aggressivität in den sozialen Medien. Was aber von quasi allen ausgeblendet oder sagen wir, nicht wahrgenommen wird, ist die Brutalität in den Maßnahmen des Staates.

Von einem Tag auf den anderen wurden in Belgien durch den Lockdown etliche Grundrechte enorm eingeschränkt, wie beispielsweise die Bewegungsfreiheit, die Religionsfreiheit und das

Demonstrationsrecht. Eine weitere Konsequenz der Maßnahmen war, dass unzählige Betriebe in den Konkurs getrieben wurden, viele weitere Selbständige und Arbeitnehmer in ihrer Existenz bedroht sind. Jetzt schon - und wir wissen alle, dass die gravierenden wirtschaftlichen Folgen erst noch kommen werden.

Alle Bewohner in den Altenheimen wurden von ihren Angehörigen isoliert und in die Einsamkeit verbannt. Einige haben dadurch ihren Lebenswillen verloren und sind daran gestorben.

Menschen mussten alleine in den Krankenhäusern sterben, da kein Besuch zugelassen wurde. Andere starben, weil die ärztliche Versorgung von nicht COVID19-Patienten stark reduziert wurde und Diagnosen gar nicht oder falsch gestellt wurden.

Kindern wurden der Besuch von Schulen verweigert. Sie konnten etliche Monate ihresgleichen kaum treffen. Jugendliche können sich heute noch kaum zum Feiern und auf Partys treffen, wie dies vor der Krise üblich war.

All dies erleben die Menschen als brutal, denn genau das ist es.

Dass diese Realität von der Politik ausgeblendet wird, steigert den Frust und die Verbitterung der Menschen, die unter den Maßnahmen leiden. Sie verstehen auch nicht, warum es besser sein soll, nicht an COVID19, als an etwas anderem zu sterben.

Ein Teil der Aggressivität in den Reaktionen auf Facebook & Co. ist sicherlich darauf zurück zu führen. Denn wie sollen sich die Menschen anders wehren, wenn sie nicht einverstanden sind? Wenn sie nicht weiter leiden wollen? Viele finden den Weg in die sozialen Medien und wenden sich dort direkt an die Verantwortlichen.

Betonen möchte ich hier ausdrücklich, dass ich weder die eine Form der Aggressivität und Brutalität, noch die andere gutheiße!

Im Folgenden möchte zu zwei anderen Themen aus der Regierungserklärung Stellung beziehen.

1. Die Digitalisierung:

Der Ministerpräsident kündigte an, ein Projekt mit dem Titel "Digitale Verwaltung" voran treiben zu wollen. Dabei geht es u.a. darum, den Bürgern die öffentlichen Dienstleistungen über das Internet zugänglicher zu machen, so seine Aussage.

Wir von der Vivant-Fraktion sind nicht gegen die digitale Welt, wie manche unsere Kritik an ihr hier im Haus gerne auslegen. Nein, wir ignorieren aber auch nicht die Gefahren, die mit ihrem weiteren Fortschreiten in immer mehr Lebensbereiche einhergehen.

Konkret in Bezug zur digitalen Verwaltung besteht die Gefahr, dass der zwischenmenschliche Kontakt weiter reduziert wird. Im Moment erleben wir das ja hautnah, wobei "hautnah" ein vielleicht sonderbar anmutender Begriff in der aktuellen Situation ist: Aufgrund der Maßnahmen der sozialen Distanz geht viel Zwischenmenschlichkeit verloren, die für uns Menschen als soziale Wesen lebensnotwendig ist.

Das digitale Angebot sollte in unseren Augen immer nur eine Ergänzung sein. Es darf nicht den normalen Weg zum Amt, zu einer Dienststelle ersetzen. Jeder Bürger sollte weiterhin und ohne Angabe von Gründen das Recht und die Möglichkeit haben, mit den jeweiligen Behörden auch in direkten, persönlichen Kontakt zu treten. Auch dies gehört zur Zwischenmenschlichkeit!

Hier sei eine kurze Klammer erlaubt. Bei der letzten öffentlichen Sitzung von Ausschuss 3 hat Minister Mollers eine Aussage getätigt, die mich erfreut hat. Und das sage ich nicht, weil der Minister demnächst sein Amt niederlegt, sondern weil es wirklich so war. Er sagte, dass für ihn die digitalen Medien in der Primarschule nicht unbedingt notwendig sind und dass er diese ab der zweiten Stufe des Sekundarschulunterrichts befürworte.

Dies sehen wir ähnlich, auch wenn es im Detail womöglich noch Unterschiede gibt. Ich hoffe, dass seine Nachfolgerin dies auch so sieht und nicht dieselbe Meinung hat wie manche Parlamentskollegen.

Einige scheinen sich nicht im Geringsten für die negativen Folgen der übertriebenen Mediennutzung durch Kinder und Jugendliche zu interessieren und eifern jedem von den IT-Konzernen geschaffenen Hype in Sachen Digitalisierung nach. Dabei glauben sie tatsächlich, dass darin die Zukunft der Menschheit läge. Sicher liegt dort ein riesiger Markt, an dem die IT-Riesen noch etliche Milliarden mehr verdienen wollen. Und gerade die Kinder und Jugendlichen sowie die Schulen sind ein Markt, der noch viel Potential birgt.

In einer Studie der Silicon Valley Community Foundation von 2017 wurde bestätigt, dass gerade die mit Digitaltechnik bestens vertrauten Eltern des Valleys um die psychische und soziale Entwicklung ihrer Kinder fürchten.

Die Nutzung dieser Medien wird dort streng limitiert (max. 45 Min pro Tag) und viele Kinder erhalten ihr erstes Smartphone erst ab 14 Jahren. Prominentes Beispiel sind die Kinder von Bill Gates. Auch Steve Jobs erklärte in einem seiner letzten Interviews kurz vor seinem Tod im Jahre 2011, dass er seinen Kindern verbot, das neue iPad zu nutzen. Spezielle "low-tech" Schulen, wie die Waldorf-Schule, verzeichnen bereits seit 2016 einen enormen Zulauf an Schülern von Eltern, die in der IT-Branche tätig sind.

Nein, dies sind keine Verschwörungstheorien oder -erzählungen. Dies können sie in seriösen Quellen nachlesen.

Auch darüber sollten wir uns austauschen und deswegen werde ich dies in den nächsten Tagen als Thema für Ausschuss 3 vorschlagen.

2. Medien

Die Aussage des Ministerpräsidenten zur Medienpolitik empfanden wir als sehr befremdlich. Wir werden ganz genau hinschauen, was die Regierung in den angekündigten Dekretentwurf zur Förderung des Journalismus schreiben wird.

Die Regierung beabsichtigt, die Abhängigkeit der Medien von Werbe- und

Veranstaltungseinnahmen verringern zu wollen. Dies kann ja nur die Erhöhung der Zuschüsse bedeuten, oder? Hier wird sich wohl bei den Haushaltsdebatten noch Diskussionsbedarf ergeben. Denn die Zuschüsse sind ja jetzt schon alles andere als bescheiden.

Wenn Medien von der Politik finanziert oder finanziell unterstützt werden, sind Interessenkonflikte quasi vorprogrammiert.

Liegt es zudem nicht zuerst einmal in der Verantwortung der Medienhäuser, sich dem Strukturwandel anzupassen und sich die Frage zu stellen, wie man neue Einnahmemodelle generieren kann?

Wenn Konsumenten, Kunden sich von einer Zeitung, einem Radio- oder TV-Sender, einem Internetportal abwenden, dann wohl in erster Linie, weil sie unzufrieden mit dem Angebot sind. Es sollte also zuerst einmal analysiert werden, was ihnen missfällt oder fehlt.

Warum die Regierung die Medienvielfalt erhöhen möchte, ist für uns nicht nachvollziehbar. In einem freien Markt regeln Angebot und Nachfrage dies doch auch ohne zutun der Politik.

Wünschen würden wir uns anstelle von mehr Medienvielfalt mehr Meinungsvielfalt. Nur, die Politik kann dies zwar wünschen, aber kaum verordnen. Dies kann nur der Markt regeln, indem zum Beispiel die Kunden jene Medien konsumieren, die mehr Meinungsvielfalt bieten, wenn sie dies denn wollen.

Schließen möchte ich mit einem Zitat. Ja einem Zitat vom Ministerpräsidenten selbst, und zwar aus seiner Regierungserklärung von letzter Woche: "Wir brauchen wieder mehr Achtung vor der Würde des Menschen, mehr Mitmenschlichkeit und mehr Respekt vor der Meinungsvielfalt." Schöne Worte! Mehr Verantwortung und Eigenverantwortung würde ich noch gerne hinzufügen.

Ja Herr Paasch, ich mag auch schöne Worte. Noch mehr jedoch mag ich sie, wenn sie auch wahr sind und Sie danach handeln!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit,
Alain Mertes